

Presseinformation

4. September 2019

Die Schule beginnt: Unterrichtsausfall vom ersten Tag an

GEW: Doppelhaushalt für bessere Bildung - Vertretungsreserve ausbauen

Die Bildungsgewerkschaft GEW erwartet von der Grünen/CDU-Landesregierung einen „Doppelhaushalt für bessere Bildung“ und als Sofortmaßnahme einen Ausbau der Vertretungsreserve noch in diesem Jahr.

„Wer die Qualität von Unterricht verbessern will, muss zunächst dafür sorgen, dass er stattfindet. Der Lehrermangel bereitet Schulleitungen und Lehrkräften die größten Sorgen. Nicht besetzte Stellen von Anfang an und tausende Mutterschaftsfälle, Personal mit und ohne Lehrerausbildung mit befristeten Verträgen überlagern die vielen weiteren Aufgaben. Wir erwarten, dass der dringend notwendige Ausbau der ständigen Vertretungsreserve noch 2019 startet. Die große Zahl arbeitsloser Gymnasiallehrer/innen wäre ebenso dankbar wie die Schulen“, sagte am Freitag (06.09.) in Künzelsau Jana Kolberg, Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die Bildungsgewerkschaft sieht keine grundlegenden Verbesserungen in den Klassenzimmern Baden-Württembergs. „Selbst wenn alle Anforderungen von Kultusministerin Susanne Eisenmann im Doppelhaushalt erfüllt werden, wird für Zukunftsprojekte wie den Ganztagsausbau, Inklusion und Digitalisierung nicht genügend Geld zur Verfügung stehen. Die Landesregierung muss jetzt die Weichen für das kommende Jahrzehnt stellen: Ausbildung und Qualifizierung der Lehrkräfte, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Schulleitungen müssen die Eckpfeiler der Qualitätsentwicklung werden. Ungeduldig warten die pädagogischen Profis außerdem auf das lange versprochene Konzept zur Stärkung der Schulleitungen mit der Verbesserung der Besoldung für Grund- und Werkrealschulen sowie Verbesserungen für die Leitungen der Schulkindergärten“, sagte Kolberg.

Die GEW-Chefin erwartet von der Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidat/in endlich hilfreiche Maßnahmen für den Schulalltag der 120.000 Lehrerinnen und Lehrer. „Ich ärgere mich weiterhin mit den Lehrkräften über die Flut angeblicher Verbesserungen, mit denen die Schulen überzogen werden und die Öffentlichkeit beeindruckt werden soll. Leitfäden, Handreichungen und Modellversuche, die den Eindruck erwecken, es gehe vorwärts. Tatsächlich bewirken sie keine grundlegenden Verbesserungen. Sie sind Schaufensterpolitik und machen den Lehrkräften Druck. Wir brauchen eine Konzentration auf Inhalte und konstruktive Unterstützungsmaßnahmen, wenn die Qualität an den Schulen besser werden soll“, sagte Kolberg.

Unterstützung für „Fridays for Future“

Die GEW erklärt sich solidarisch mit der Klima-Bewegung Fridays for Future. Die größte bildungspolitische Organisation in Baden-Württemberg begrüßt die Demonstrationen der „Fridays for Future“-Bewegung und ruft unter anderem am 20. September die GEW-Mitglieder zur Beteiligung auf.

„Fridays for Future“: Bußgelder sind nicht angemessen

„Das Verhalten von Pädagog/innen ist sehr bedeutsam für die Stimmung in den Schulen. Mit schul- und unterrichtsbezogenen Projekten, die die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufgreifen, mit außerunterrichtlichen Veranstaltungen, die anschaulich die Folgen des Klimawandels und Handlungsoptionen aufzeigen, können sich Schulen an den Aktionen des 20. September beteiligen. Wir rufen die Beschäftigten in den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen dazu auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beteiligen. Ich bin davon überzeugt, dass die Schulleitungen konstruktive Lösungen finden, wenn Schüler/innen sich an den Streikaktionen der „Fridays for Future“ beteiligen. Bußgelder sind nicht angemessen“, sagte Kolberg.

Maßnahmen gegen Lehrermangel

Die Maßnahmen gegen den Lehrermangel in Grundschulen und bei Sonderpädagog/innen seien nicht ausreichend, so die Bildungsgewerkschaft. Weitere zusätzliche Studienplätze seien notwendig. Die GEW schlägt als kurzfristige Maßnahmen vor, die Altersermäßigung zu erhöhen, damit mehr Lehrkräfte bis zur Altersgrenze arbeiten sowie die sonderpädagogische Weiterqualifizierung auch für Grundschullehrer/innen zu öffnen. Qualifizierende und attraktive Weiterbildungsangebote für Gymnasiallehrkräfte zu Sonderpädagog/innen könnten den Lehrermangel ein Stück weit abbauen.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de